

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister

Ungeniert finden sie große Worte und reden weiter vom „Sparen“, vom „Konsolidieren“ und meinen damit doch in Wahrheit nichts anderes, als den Marler Bürgerinnen und Bürgern fortwährend soziale und andere Leistungen zu rauben.

Sie tragen vor eine Monstranz namens „Haushaltsausgleich 2016“, wo sie ehrlicherwise zugeben müssten, dass ihnen nichts weiter einfällt, als das Gros der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt teils drastisch zur Kasse zu bitten.

Die Marler Bürgerinnen und Bürger sind ohnehin schon durch stagnierende oder gar rückläufige Löhne und Renten mit den steigenden Lebenshaltungskosten gebeutelt. Hinzu kommen überdimensional steigende Energiekosten. Als Sahnehäubchen werden jetzt hier in Marl Grund und Gewerbesteuer erhöht und Leistungen der Verwaltung runtergefahren zudem Zuschüsse für Einrichtungen und Beratungsstellen gekürzt. Jedes Jahr müssen diese Zittern ob sie noch eine finanzielle Existenzberechtigung haben. Keine Planungssicherheit zu bieten hat wenig mit „Verantwortung“ zu tun.

Es trifft wieder einmal die falschen. Für Banken werden mal eben hunderte Milliarden Euro locker gemacht. Aber für die Kommunen ist kein Cent da. Das ist im höchsten Maße unsozial, das ist die soziale Bankrotterklärung einer Stadt.

Durch die ewige Diskussion um Stellenabbau werden die Mitarbeiter der Verwaltung verunsichert, ein Bürgermeister sollte hinter seinen Mitarbeitern stehen. Stattdessen wird den städtischen Mitarbeitern durch teils absurde Arbeitsverdichtung als Folge von massiven Personalkürzungen das Arbeiten schwer gemacht. Wir stehen für einen starken öffentlichen Dienst.

Auch der Einzelhandel kommt nicht ungeschoren davon, zum einen können die Menschen Ihren Euro nur einmal ausgeben, zum anderen soll die Gewerbesteuer angehoben werden. Der Kelch mit den Parkgebühren, scheint ja vorerst abgewendet.

Da Ihr Sanierungsplan Herr Bürgermeister ausschließlich auf Annahmen beruht, stellen wir hier die Frage: Was machen Sie wenn wie in jedem Jahr Ihre Annahmen nicht zutreffen? Erhöhen Sie dann die Grundsteuer auf 1000 oder 2000 Punkte? Oder werden weitere 100 Stellen in der Verwaltung wegfallen.

Ihr Glaube muss rechtsfest sein, wenn sie meinen, durch weitere Kürzungen bzw. die von Ihnen so genannten „Einsparungen“ bei Bürgerdienstleistungen und Personal schon allein durch geringste Zuckungen bei der Zinshöhe für den Schuldendienst aufgeessen werden um im Haushalt vermeintliche Einsparungen zu neutralisieren. Selbst wenn die

Es gilt das gesprochene Wort

jahrelange Kürzungsoperation irgendwie gelingen sollte, ist der Patient „demokratisch-soziales Gemeinwesen Stadt“ mausetot.

Eine gerechte Steuerpolitik des Bundes und eine angemessene Finanzausstattung für die gesetzlichen Aufgaben der Kommunen, hätte uns und andere nie in Haushaltsmisere und Überschuldung geführt. In den letzten Jahren wurde 68 mal gegen das Konnexitätsprinzip verstoßen. Das muss sich ändern.

Die Entscheidungsträger in Berlin und Düsseldorf werden doch auch hier von den Parteien in der Region ins Rennen geschickt. Treffen SPD, CDU, Grüne und FDP seid Jahren die falsche Wahl ?

Es muss deutlich mehr herauskommen, als das, was das Land jetzt niedlich-beflissen, aber völlig unzureichend und teils sogar kontraproduktiv, mit dem sogenannten Stärkungspaktgesetz initiiert.

Ich will es auch nicht leichtfertig abtun, dass sich eine Landesregierung erstmals dazu aufgerafft hat, das Thema Ver- und Überschuldung der Kommunen anzupacken.

Im letzten Jahr verabschiedete die nordrheinwestfälische Landesregierung unter Führung von Frau Kraft mit Stimmen von SPD, Grünen und FDP den sog. Stärkungspakt Stadtfinanzen. Dieser Pakt sorgt dafür, dass überschuldete Kommunen mit Geldern vom Land zwangsbeglückt werden, müssen aber als Gegenleistung empfindliche Kürzungen vornehmen

Marl bekommt 6,2 Millionen die nächsten 5 Jahre sicher. Als Gegenleistung wird dem Bürger ein vielfaches aus der Tasche gezogen.

Da bereits mehrere Kommunen Probleme hatten Kredite auf dem freien Markt zu erhalten wollte die Landesregierung mit dem Stärkungspaktgesetz ein Signal an die Banken geben. Dies ist auch die ganze Stoßrichtung dieses Gesetzes. Verhinderung von offener Insolvenz einzelner Kommunen für die das Land dann eintreten müsste aber nicht echte Entschuldungshilfen. Im Gesetz gibt man dieses auch offen zu: „ Der Abbau auflaufender Liquiditätskredite muss zurückgestellt werden“ und „ Die im Kommunalkreditgeschäft tätigen Banken profitieren von der Stabilisierung der Haushalte und der damit verbundenen verbesserten Kreditwürdigkeit der am Konsolidierungsprogramm teilnehmenden Gemeinden“.

Für DIE LINKE. gilt die erste Sorge nicht den Banken sondern den Kommunen und der Masse ihrer Bürgerinnen und Bürger und deren kommunale Infrastruktur. Sie gehört nämlich auch den Bürgerinnen und Bürgern, bezahlt aus Steuergeldern ohne Schlupfloch.

Es gilt das gesprochene Wort

Das Geld aus dem Landeshaushalt, wie auch die eingesparten Summen, fließen dann zuerst auf die Konten der Banken. Die Marler bekommen davon nichts zu sehen.

Keine Bank zurücklassen..... wäre als Wahlkampflogan passender gewesen.

Nicht nur in Marl findet ein sozialer und kultureller Kahlschlag statt, wie man ihn nach Kriegsende nicht mehr gesehen hat.

Wie Lebenswert wird Marl noch sein, mit einer Zwangsjacke a la Griechenland?

Alle Regierungen der letzten 20 Jahre in Bund und Land, egal ob SPD ,Grüne , CDU und FDP haben jahrelang ohne Ausnahme Kosten auf die Kommune abgeschoben und gleichzeitig deren wichtigste Einnahmequelle, die Gewerbesteuer, ausgetrocknet. Dies hat dazu geführt, dass viele Städte im Ruhrgebiet am Abgrund stehen nicht nur Marl.

Jetzt wird von der Basis der selben Parteien in einer Art Kadavergehorsam unter dem Mäntelchen „WIR TRAGEN VERANTWORTUNG“ der Stadt Marl die Schlinge um den Hals gelegt.

Unsere Forderungen zur Sanierung der Stadt gehen einen anderen Weg, wie z.B. Einführung einer Gemeindefinanzsteuer wobei Gerechterweise alle einzahlen, Abschaffung der Gewerbesteuerumlage damit die Gewerbesteuer da bleibt wo sie generiert wird, sowie auch einen Schuldenschnitt für Kommunen wie Marl.

Wir gehören nicht mehr zu den Städten die darüber diskutieren können ob sie von fünf Schwimmbädern drei schließen. Oder ob man von drei Theatern eines veräußern kann.

Bei uns gibt es nicht mehr einzusparen, es ist nämlich nichts mehr da.

Mit uns ist jedenfalls kein Personalabbau, keine Zerstückelung der Bibliothek, keine Kürzungen im sozialen Bereich und keine Steuererhöhungen zu machen.

Soziale Gerechtigkeit sieht anders aus!

DIE LINKE. lehnt diesen Haushalt inklusive Sanierungsplan ab, gerade weil wir uns damit beschäftigt haben und wir lassen uns von Ihnen nicht einreden das wir Verantwortungslos handeln Herr Bürgermeister.

Frei nach Tucholsky: „Nichts ist schwieriger und nichts erfordert mehr Charakter, als sich im offenen Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut zu sagen: Nein!

Viele Dank für Ihre Aufmerksamkeit.